

Referat an der Mitgliederversammlung SKOS: „Sozialhilfe – quo vadis“,  
28.5.2015, FHNW Olten

### **Walter Leimgruber: Sozialhilfe im Zeitalter der Globalisierung**

Für Personen ausländischer Herkunft besteht gemäss einer Publikation des BFS von 2013 ein höheres Sozialhilferisiko als für Schweizer Bürgerinnen und Bürger. 45,4 Prozent der gesamten Sozialhilfebeziehenden waren ausländischer Nationalität, während ihr Anteil an der Wohnbevölkerung 22,8 Prozent betrug. Die Gründe für die höhere Sozialhilfequote liegen laut dieser Studie in der Berufsqualifikation (keine, ungenügende oder nicht anerkannte Berufsbildungen), bei den schlechten Arbeitschancen (oftmals in Tieflohnbranchen angestellt) und in der Familienstruktur (mehrere Kinder). Das sind die Kriterien, die ich ansprechen möchte: Qualifikation, schlechte Arbeitschancen, Familienstruktur.

Lassen Sie mich aber zuvor ein paar Dinge sagen, die vielleicht sehr selbstverständlich erscheinen, es aber in einer historischen Perspektive nicht wirklich sind.

Es ist die Perspektive des Lebenslaufs, die heute unsere Sicht auf die Individuen wie auf die Gesellschaft bestimmt. In dieser Perspektive wird deutlich, dass das Leben sozial konzeptualisiert wird als ein Ablaufprogramm, das im Kern in drei allgemeine Abschnitte aufgeteilt ist: Kindheit und Ausbildung, Familiengründung und Arbeitsleben sowie Pensionierung und Ruhestand. Diese drei Phasen hat es in früheren Epochen in dieser Form nicht gegeben, genau so wenig wie die Vorstellung, dass jedes Individuum sein Leben eigenständig gestalten könne – und auch solle. Eine geschützte Kindheit existierte oftmals nicht, Kinder waren meist einfach kleine Erwachsene. Und arbeiten musste man sein ganzes Leben, so dass auch die dritte Phase in der Regel wegfiel oder sehr kurz war.

Heute aber bestimmt dieser Dreischnitt unser Leben durch und durch. Was wir uns in der ersten Phase aneignen oder nicht aneignen, bestimmt weitgehend die zweite Phase, und haben wir in dieser zweiten Phase Probleme, wirkt sich das auf die dritte aus, genauso wie auch die erste Phase Auswirkungen auf die dritte hat. Das fängt an bei kürzeren Lebenserwartungen für weniger Gebildete an und hört bei tieferen Renten auf.

Sozialpolitisch zentral ist in unserer Gesellschaft das Arbeitsleben. Die Integration in dieses entscheidet über Zugehörigkeit, über Chancen, über die Karriere, bestimmt meist alle weiteren Elemente unseres Lebens wesentlich mit. Der Ausschluss aus diesem stellt für das Individuum eine Katastrophe dar. Sozialhilfe schliesst Menschen aus dem Arbeitsalltag aus, und das ist der wichtigste Alltag überhaupt in unserer Gesellschaft.

Sozialer Ausschluss oder Armut fallen aber nicht unmittelbar über das Individuum her, sondern sind meist das Endresultat einer problematischen Biographie oder sogar einer Generationen übergreifenden Entwicklung. Wie wir heute wissen, liegt die Basis für viele Probleme im sozialen Bereich in den frühen Phasen eines Lebens. Wir müssen uns also überlegen, wann und wie wir am besten dafür zu sorgen, dass die sozial zentrale Integration ins Arbeitsleben gelingt und Sozialhilfe möglichst ausgeschlossen werden kann.

Korrespondierend zu dieser Strukturierung des Lebens als "Normallebenslauf" wird bei den Familien die Form der modernen Kernfamilie als Normalfall gesehen.

Das sind sozusagen die Konstanten, die unsere gesellschaftliche Struktur prägen. Wir erkennen aber auch einige Variablen: Als Rahmenbedingungen für die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung finden wir ein Set von strukturellen Veränderungen, welche die Gesellschaft als Ganzes betreffen und welche sie in Zukunft entscheidend prägen werden:

Dazu gehört primär die zunehmende Überalterung der Gesellschaft, deren Dramatik noch nicht wirklich wahrgenommen wird. Die Generation über 80 wird sich alle 20 Jahre verdoppeln. Wie wir diese Menschen pflegen sollen, wer das bezahlen soll, weiss heute niemand, denn es werden die Pflegenden fehlen und es wird das Geld fehlen. Die Migration müsste im europäischen Durchschnitt verdrei- bis vervierfacht werden, um die gesamte demographische Schrumpfung der nächsten Jahrzehnte aufzuhalten. Dass dies politisch keine wirklich gangbare Lösung darstellt, brauche ich wohl kaum weiter auszuführen.

Die zweite strukturelle Veränderung ist die Emanzipation der Frauen. Immer mehr werden arbeiten, immer mehr werden Vollzeit oder praktisch Vollzeit arbeiten. Sie werden immer stärker versuchen, keine Lücken in ihrer Lebensanstellung mit Unterdeckungen in AHV, Pensionskasse etc. entstehen zu lassen, sondern möglichst ihr Leben lang zu arbeiten, denn die Lücken werden sich tendenziell immer stärker auf die Altersvorsorge auswirken. Das heisst auch, dass die interne Familienbetreuung immer weniger gegeben ist, von Kindern wie von Alten. Wenn wir keine Alternative für diese anbieten, werden wir die demographische Delle nicht nur nicht ausgleichen, sondern verstärken.

Der dritte Trend schliesst an den zweiten an: Tendenziell kommt es zu einer höheren Übereinstimmung der beruflichen Qualifikation in den Ehen, einer späteren Familienbildung, tieferen Fruchtbarkeitsraten, höheren Eheinstabilitäten und zu einer Zunahme von atypischen Familien, von denen viele wirtschaftlich verwundbar sein werden. Das Modell der Einpersonenernährer-Familie wird nach und nach verschwinden. Da die Ehe nicht lebenslänglich hält, müssen alle verdienen, muss jeder und jede sich sein Altersguthaben individuell sichern.

Viertes Element: Wissen wird das zentrale Element der Wirtschaft sein. Das Industriezeitalter gab vielen mit geringer Ausbildung gute Jobs und gute Bezahlung, dieses Modell läuft in der westlichen Welt aus. Die optimale Ausbildung der Jungen wird der entscheidende Faktor sein, ob man wirtschaftlich Erfolg hat und wie gut man im Alter versorgt ist. Weil die Länge und die Höhe der Einzahlungen immer wichtiger werden für die Pension, werden diejenigen mit weniger Jahren (wegen Arbeitslosigkeit) und tieferen Löhnen (wegen schlechter Ausbildung) im Alter mit immer grösserer Wahrscheinlichkeit arm sein.

Die Pisa Statistik über ungenügende schulische Leistungen, die Anzahl der alleinerziehenden Mütter, die Anzahl der Haushalte ohne Arbeit und der entsprechende Trend können bereits heute als die Merkmale angesehen werden, die aufzeigen, wo welches Land steht und wohin die Reise gehen wird.

Was ist zu tun? Kurz und thesenartig: Die Sozialpolitik der Zukunft heisst Bildungspolitik, und zwar auf allen Stufen und in allen Lebensphasen.

Primär aber müssen wir in die Kinder investieren, denn hier weist unsere Gesellschaft die grössten Defizite und gleichzeitig das grösste Potential auf. Und deren Lernen wird ein Leben lang fortgesetzt werden müssen. Grosse Defizite innerhalb der Bevölkerung, wie wir sie noch immer haben, wird es in Zukunft nicht mehr ertragen. Uns fehlen die Arbeitskräfte, die Migration

kann wie gesagt nicht beliebig gesteigert werden. Die Menschen jedoch, die einwandern, müssen möglichst ohne grosse Reibungsverluste in die bestehende Gesellschaft integriert werden. Auch hier stehen die Kinder an erster Stelle, denn ein Weitertragen von Integrationsproblem in die 2. Generation hat enorme Probleme zu Folge (wie wir bereits in verschiedenen europäischen Ländern mit aller Dramatik beobachten können).

Zweitens müssen wir die Familienpolitik ändern. Wenn wir die Wohlfahrtsverantwortung nicht de-familiarisieren, werden wir die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Berufstätigkeit nicht erreichen. Dazu gehören eine individuelle Besteuerung, Elternurlaub mit Jobgarantie und unterstützte, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung.

Drittens müssen wir die Strafe für die Mutterschaft minimalisieren. Die bisherigen Modelle dazu genügen nicht. Wahrscheinlich wird es immer stärker darum gehen, eine Feminisierung des männlichen Lebenslaufs hinzukriegen, was wir bisher kaum geschafft haben. Denn die Entscheidung, Kinder zu haben, werden Frauen immer stärker davon abhängig machen, ob der Partner bereit ist, sich aktiv an der Erziehung zu beteiligen. Bisher haben die Frauen einen zunehmend männlicheren Lebensweg eingeschlagen, aber die Männer keinen weiblicheren. Hier muss es zu einer gewissen Angleichung kommen.

Viertens müssen wir das Verhältnis von Arbeitszeit und Pensionierungszeit überdenken. Es wird nicht möglich sein, immer mehr Menschen, darunter immer mehr Pflegebedürftigen, adäquate Leistungen über viele Jahre zu bezahlen. Neben einer Erhöhung des Pensionsalters müsste man über flexible Lösungen und auch über andere Modelle der Finanzierung nachdenken.

Ich werde im folgenden auf die Punkte 1 und 2 eingehen, weil diese die Sozialhilfe am direktesten betreffen:

### **1. In die Kinder investieren**

Wenn man von der Genetik absieht – und die entscheidet längst nicht alles, wie wir heute wissen – sind die entscheidenden Faktoren, wie der Lebensweg eines Kindes verläuft, das Einkommen der Eltern und die familiäre Lernkultur. Selbst die besten Schulen ändern daran praktisch nichts, wie alle Untersuchungen zeigen.

Die Schweizer allerdings glauben, es sei naturgegeben, dass die Kinder aus reicheren Familien intelligenter seien als die aus ärmeren. Aber das widerspricht den Naturgesetzen. Es widerspricht allen wissenschaftlich bekannten Tatsachen über Intelligenzverteilung, dass die Maturitätsrate auf dem Zürichberg 3-4 mal höher ist als im Kreis 5 oder im Zürcher Unterland – oder welche regionale Verteilung von reichen Quartieren und eher ärmeren oder auch ländlicheren Gegenden Sie auch machen wollen. Die Zahlen sind überall ähnlich.

Es gibt keinen Zweifel daran, dass die Intelligenz ziemlich gleichmässig über den Planeten und die Menschen verteilt ist. Wenn wir also solche Zahlen haben, heisst das entweder, dass die einen 3-4x überbewertet werden in ihrer Intelligenz oder dass die anderen 3-4x unterschätzt werden in ihrer Intelligenz. Beides kann sich die Gesellschaft in Zukunft nicht mehr leisten.

Die Basisanforderung der Zukunft wird lauten, dass möglichst alle Kinder einen Sekundarabschluss schaffen. Dazu müssen die kognitiven Fähigkeiten ausgebaut sein, aber auch Disziplin und Lernmotivation vermittelt werden. Und die werden alle im frühen Kindesalter ausgebildet. Daher versuchen wir seit einem halben Jahrhundert weitgehend ergebnislos, den

Einfluss der sozialen Positionierung auf die Ausbildungsgleichheit auszuschalten. Denn es sind die ersten fünf Jahre, die entscheidend sind, und in dieser Phase sind die Kinder privatisiert. Wenn sie in die Schule kommen, ist die Prägung da, die Korrektur kaum mehr möglich. Frühförderung wäre daher das grösste Potential, weil hier die meisten Schäden angerichtet werden.

Wir brauchen heute ja für alles einen Fachausweis, für die Hundehaltung und das Training der Schwinger-Junioren, das Haare Schneiden und die Dentalhygiene. Nur Kinder erziehen, das dürfen alle, egal ob sie etwas davon verstehen oder nicht. Und sie dürfen alles falsch machen, später bezahlen ja alle anderen die Zeche.

Die Verläufe sind allerdings nicht linear: Die wirklich schädlichen Effekte beginnen in der Regel dann, wenn die wirtschaftliche Situation einer Familie sehr schlecht ist, während die Kinder klein sind. Dazu kommen als zweiter Faktor die kulturellen Ressourcen einer Familie. Was wissen die Eltern über Bildung, wie vermitteln sie selber Wissen, an was orientieren sie sich bei der Ausbildungs- und Berufswahl? Pisa zeigt hier, dass nur schon die Anzahl der Bücher in einem Haushalt ein wichtiger Anzeiger für die Lernfähigkeit der Kinder ist. Meist, aber nicht immer, gehen schlechte wirtschaftliche Situation und Unwissen über Bildungsprozesse Hand in Hand (und hängen wohl auch ursächlich zusammen).

Die Unterschiede in diesem Bereich sind allerdings gewaltig, und es ist kaum überraschend, dass Migrationsfamilien und Alleinerziehende zu den besonders benachteiligten gehören. Bei den Alleinerziehenden aber nur, wenn das Einkommen tief ist. Also müssten die Mütter arbeiten gehen und Geld verdienen. Aber das wiederum macht nur Sinn, wenn eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung zur Verfügung steht.

Was wir auch wissen ist, dass frühe Kinderbetreuungsprogramme hier sehr viel bewirken können. Wir können den Forschungen folgendes entnehmen:

Die externe Betreuung für Kinder unter einem Jahr kann schädlich sein. Hier ist die Trennung von der Mutter bzw. Eltern problematisch, weil grundlegendes Vertrauen aufgebaut wird und Konstanz, Nähe und Zuneigung der zentralen Bezugspersonen von grösster Bedeutung sind. Das heisst, dass wir hier die knappen Mutterschaftsurlaube ergänzen müssten, damit die Mütter bzw. Eltern nicht zu früh arbeiten gehen. Ein Elternurlaub von 9-12 Monaten wäre daher eine gewaltige Investition in die nächste Generation und wesentlich effizienter als viele andere Formen der Unterstützung.

Ab dem 2. Jahr, wenn das Vertrauen hergestellt ist und der Horizont des Kindes sich erweitert, haben Kinderbetreuungsangebote aber sehr positive Effekte, und dies v. a. für unterprivilegierte Kinder. Besonders negativ betroffen von fehlenden Bildungsanreizen sind stark segregierte Gruppen: deshalb ist eine gute Durchmischung der Gesellschaft, was Wohnen, Schule etc. betrifft, besonders wichtig.

Was steht nun dieser Frühförderung entgegen?

Wir huldigen einem Familienmodell, das wir als traditionell anschauen, das aber noch gar nicht so alt ist und eigentlich erst in den letzten Jahrzehnten so richtig greift: Die Vorstellung von der Kernfamilie. Bis vor einer Generation waren es aber nur wenige Familien, in denen das wirklich so lief, dass die Mama sich um die Kinder kümmert, der Vater anschafft und sonst meist niemand regelmässig da ist. Vorher mussten in einem Grossteil der Familien beide Elternteile arbeiten, und oft hatten sie die Kinder bei sich – als Bauern oder auch als Handwerker mit eigenem

Betrieb. Und da gab es immer viele Leute, die mit erzogen. Es gab mehr Geschwister, Grosseltern, Onkel, Tanten, Angestellte, Nachbarn.

Und selbst wo die Kernfamilie schon relativ ausgeprägt war, waren noch viel mehr Menschen an der Erziehung beteiligt: Neben den Grosseltern und weiteren Familienangehörigen auch das Quartier oder generell das soziale Umfeld.

Ein afrikanisches Sprichwort lautet deshalb: Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind zu erziehen. Und meint damit genau dieses Aufwachsen in weit gefächerten sozialen Kontexten und Netzen, bei denen alle ein bisschen miterziehen und sich das Kind vielfältige Kompetenzen aneignen kann.

Heute kann man die Kinder aber nicht mehr einfach auf die Strasse schicken, wo sie soziale Kompetenz einüben, Lernanreize bekommen oder auch ihre Motorik trainieren, weil dort andere Motoren die Oberhand gewonnen haben. Und heute fehlen oft die Geschwister, Grosseltern oder Nachbarn, müssen viele Eltern jeden sozialen Kontakt ihres Kindes organisieren, sie hinfahren, wieder abholen, weil die Familie klein, die Nachbarschaft anonym, die Strassen für Kinder unbenutzbar geworden sind.

Und viele Eltern haben keine Ahnung, was Kinder brauchen, was Anregung ist, was Kontakt, was Kommunikation bedeutet. Es gibt mir hier nicht darum, einen spezifischen Erziehungsstil zu propagieren, das liegt mir fern, denn die Erfahrung zeigt: viele Wege führen nach Rom – aber einer ganz bestimmt nicht: Ein Kind allein mit sich und seinen Gadgets, ohne viel Kommunikation, Aufmerksamkeit, Anregung, Spiel. Aber genau das treffen wir heute sehr häufig an.

Das wichtigste Argument gegen eine ausserfamiliäre Betreuung lautet, dass es Privatsache sei, Kinder zu haben, nicht Sache des Staates oder der Öffentlichkeit. Wieso man dann Kinder überhaupt in die Schule schickt, ist mir bei dieser Argumentation nicht ganz klar. Dann bleiben sie ja auch Privatsache, wenn sie mehr als sieben Jahre alt sind. Warum soll sich plötzlich der Staat um sie kümmern? Dann, wenn es eh schon fast gelaufen ist, darf die Gesellschaft übernehmen, darf die Verantwortung übernehmen, darf die Kosten übernehmen, die durch die Fehler in den ersten fünf Jahren angefallen sind. Ich als Staat würde mich weigern und sagen: Kinder haben ist Privatsache, das geht mich nichts an. Erziehen Sie sie selber! Aber wir machen das Gegenteil: Wir bezahlen Unmengen von Geld für die (meist erfolglose) Behebung der Schäden dieser Ideologie, aber in die Prävention wollen wir nicht investieren.

Der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und den schulischen Kompetenzen besteht bereits vor dem Eintritt der Kinder in die erste Schulphase, also in den Kindergarten oder die Basisstufe. Bei Schuleintritt können Kinder, die in sozioökonomisch privilegierten Familien aufwachsen, bereits besser lernen und rechnen. Und sie verfügen über einen grösseren Wortschatz in ihrer Muttersprache als Kinder aus benachteiligten Familien.

Durch das bestehende schulische Bildungsangebot können diese primären sozialen Ungleichheiten nicht kompensiert werden – in der Schweiz noch weniger als anderswo. Denn in keinem Industrieland haben Kinder aus unteren Schichten so schlechte Chancen wie bei uns, wie die Pisa Studien zeigen. Wir vergeben hier enormes Potential, für die Kinder, aber auch für die Gesellschaft.

Der Verzicht auf frühe Angebote hinterlässt riesige Problemfelder, die später nur mühsam und mit schlechten Erfolgsaussichten in Form von Stütz- und Fördermassnahmen, Medikamenten und

Verhaltenstherapien aufwändig und soweit überhaupt noch möglich aufzufangen sind. Diese Politik des Defizitansatzes sorgt für Misserfolg und extrem hohe Symptomkosten.

Wir tun in der Zwischenzeit zwar einiges, vor allem was Betreuungsstrukturen betrifft, aber auch hier gehen wir tendenziell den falschen Weg. Aus einer bildungs- wie auch aus einer sozialpolitischen Perspektive wäre ein integratives Konzept nämlich sinnvoller als das heutige additive. Das heisst, das Nebeneinander von Kindergarten und Krippe, Schule und Hort wäre abzulösen von einem qualitativ hochstehenden Gesamtangebot unter dem gleichen Dach, das eine Einheit von Lernen, Spielen, Essen und Verweilen in einem verlässlichen Gesamtrahmen ermöglicht. In der Schweiz löst die Isolationshaft zuhause bei der Mutter seltsamerweise nur positive Reaktionen aus, die Vorstellung einer Gesamtbetreuung dieser Art hingegen nur negative.

Sozial schwache Kinder sind aber auch beim Übertritt in die Sekundarstufe einer diskriminierenden Selektion ausgesetzt. Denn sogar bei Kindern mit genau gleicher Kompetenz ist die weitere Selektion stark schichtabhängig, wie wir wissen! Das schweizerische Schulsystem verstärkt also soziale Unterschiede und mindert sie nicht etwa.

Denn die Selektion findet im falschen Alter und auf die falsche Art statt. Wer fliegt raus: Primär die Buben aus der Unterschicht, heute meist Ausländer. Warum? Wegen Sprachmängeln. Deshalb verlangen heute alle nach weniger Sprache und mehr Mathe. Dann fliegen einfach die anderen raus. Dieser Selektionsansatz ist in seiner Grundkonstruktion falsch. Es geht darum, die Begabungen zu fördern, nicht darum, die Nicht-Begabungen zu bestrafen. Wir brauchen nämlich alle und müssten daher primär die Defizite beheben. Und das wiederum hiesse: früher damit beginnen und später selektionieren – aber eben.

Kaum ein Land in Europa hat sich eine derart bürgerliche Vorstellung von Familie erhalten wie wir. Denn in keinem Land war diese so erfolgreich, war es möglich, dass so viele Frauen nicht oder kaum berufstätig sind, dass genügend Geld da ist und ein einziges Einkommen ausreicht, um grossen Teilen des Mittelstandes ein durchaus angenehmes Leben samt Einfamilienhäuschen zu sichern. Wir sind in diesem Bereich und allen Folgen (vorschulische Betreuung, Krippen, Infrastrukturen für arbeitende Eltern, Steuergerechtigkeit) daher fast europäisches Schlusslicht, und wir sind ungemein stolz darauf, weil die Erfahrungen in Ländern wie Dänemark, Schweden oder Holland ja auch wirklich jeden Tag drastisch zeigen, wie eine Gesellschaft zerfällt, die Jugend verrotzt und die Kriminalität ansteigt, wenn man den Frauen zuviel Entfaltungsmöglichkeiten gibt und Kinder fremd betreut, nicht wahr?

**Kommen wir nun zur Stufe der Erwachsenen:**

Viele der Migrantinnen und Migranten, die in der Schweiz leben, verfügen über eine gute bis ausgezeichnete Ausbildung. Aber diese wird in vielen Fällen nicht genutzt, weil diese Menschen aus Ländern stammen, deren Fähigkeitszeugnisse nicht anerkannt werden. Und so sind viele in Berufen tätig, für die sie überqualifiziert sind, während gleichzeitig neue Arbeitskräfte aus Ländern geholt werden, deren Ausweise man anerkennt. Es wäre einfach, ein System zu schaffen, das nicht einfach anerkennt oder ablehnt, sondern definiert, was man noch an Wissen erwerben müsste, um sein berufliches Potential nutzen zu können. Dazu gehören sinnvolle Regelungen für die Anerkennung von Diplomen und zudem Angebote, fehlende Qualifikationen ergänzen zu können, verbunden mit einem Finanzierungssystem für die meist erwachsenen Personen. Das gibt es nicht. Vielmehr steckt man auch begabte Leute, die auf das Arbeitsamt kommen, sofort in die nächste Reinigungsfirma, und wenn es keine Stellen gibt, halt in die Sozialhilfe. Von

Erwachsenenbildung reden zwar viele, aber wenn man diese wirklich einsetzen will, dann ist plötzlich niemand mehr zuständig und will diese finanzieren.

Und viele Menschen, die als Erwachsene ins Land kommen, könnten hier sehr wohl eine Berufslehre absolvieren, gäbe es denn entsprechende Beratung, Unterstützung und Angebote. Jede siebte Person im erwerbsfähigen Alter, das sind rund 600'000 Personen, darunter viele Migrantinnen und Migranten, hat keine Lehre oder Mittelschule absolviert. Es gibt zwar in einigen Branchen Angebote, die aber in jedem Kanton anders geregelt, schwer zu überblicken und daher kaum bekannt sind. Um das vorhandene Potential zu nutzen, müssten Politik und Wirtschaft, Bund und Kantone enger zusammen arbeiten.

Wie soll das gehen: Von diesen 600'000 Menschen, von denen ich gesprochen habe, sind heute fast alle berufstätig. Nur wenige sind arbeitslos, aus dem System gefallen. Die Wirtschaft hat *noch* Platz für diese Kräfte, aber immer weniger. Gerade in den technisch-industriellen Produktionsstätten werden die Plätze für Ungelernte immer rarer und rarer. Sie kennen alle Beispiele, wo flinke Geräte die einfachen Arbeitsschritte, die früher von den Ungelernten gemacht wurden, ausführen: schnell, fehlerlos, ohne Ermüdung, 24 Stunden an 7 Tagen, ohne Krankfeiern und Elternurlaub, und auch ohne Gewerkschaftsvertretung und höhere Lohnforderungen. An der Messe in Hannover wurde vor kurzem ein ABB-Roboter vorgestellt, der lernen kann. Und diese Entwicklung steht wohl erst am Anfang.

Das alte System mit vielen nicht oder wenig ausgebildeten Angestellten ist stark in Bereichen wie dem Bau, der Industrie, der Hotellerie und dem Tourismus. Was aber, wenn Bauroboter Bauten von höchster Komplexität zu einem Bruchteil der Kosten eines Maurers erstellen können? Die ETH erprobt bereits solche Maschinen.

Der Druck auf die Stellen der Ungelernten wird daher weiter zunehmen. Wir können natürlich warten und zusehen. Was geschieht dann? Die Menschen fallen aus dem Arbeitsprozess raus, zuerst kommt die Arbeitslosenkasse, dann kommt die Sozialhilfe.

Oder wir sind schlau und entwickeln eine Strategie, die nicht erst dann greift, wenn es schon zu spät ist, sondern die jetzt greift, während die Menschen noch Arbeit haben. Diese Menschen müssen jetzt lernen, sie müssen in die Lehre. In vielen Betrieben kann man sie brauchen, wenn sie denn halt mehr könnten als sie jetzt können. Und diese Menschen sind in der Regel nicht dumm, sondern hatten ganz einfach keine Chance, etwas zu lernen, mussten nach der Schule Geld verdienen oder aber kamen aus Ländern, wo es das tolle Angebot der Berufslehre gar nicht gibt.

Es braucht dazu dreierlei:

- Das Engagement der Arbeitgeber, denn sie müssen einwilligen, dass ihre Angestellten nicht nur arbeiten, sondern auch neue Dinge lernen. Das kostet, etwa Ausbilder, die angestellt werden müssen, auch mehr Zeit für einzelne Abläufe.
- Das Engagement des Staates, der den Tag, den die Menschen in die Schule gehen, finanzieren müsste. Und man kann ihre Löhne auch nicht einfach kürzen, denn sie haben eine Familie, eine Wohnung, Kinder in Ausbildung.
- Das Engagement der Betroffenen, denn sie müssen wieder ins Lernen einsteigen, müssen wieder in die Schule, büffeln, neue Dinge lernen. Das wird manchen nicht einfach fallen, und es braucht auch eine flexible Planung in den Berufsschulen, um mit solchen Situationen umzugehen.

Das sind aber alles kleine Probleme, und es sind lösbare Probleme. Und wir würden vielen potentiellen zukünftigen Sozialfällen eine andere Perspektive bieten als den Ausschluss aus der Arbeitswelt und damit aus dem wichtigsten Teilbereich unseres Lebenslaufes überhaupt.

Sie werden jetzt sagen: Der hat am Thema vorbei geredet. Es geht um konkrete Fragen der Ausgestaltung von Sozialhilfe, um Tagessätze und Normen, um Anreize und Strafen, um aktive und passive Strategien, um Leistung und Gegenleistung, um Selbständigkeit und Solidarität, um bedarfsbezogen und leistungsbezogen, um Eigenverantwortung und Sozialverantwortung. Und der redet von Bildung. Die Ausführungen haben mit alledem doch nichts zu tun.

Meine Perspektive ist eine andere: Die herkömmliche Art der Sozialhilfe hat – ich formuliere es einmal provokativ – mittel- bis langfristig immer weniger Chancen. Dafür verantwortliche sind 1.) der erwähnte demographische Wandel, der dazu führen wird, dass wir immer mehr Ressourcen in die Betreuung älterer Menschen investieren müssen. Und 2.) die Globalisierung, die ich bisher nur indirekt erwähnt habe, die aber die Basis und den Hintergrund der skizzierten Entwicklungen bildet. Sie führt tendenziell dazu, dass nationale Sozialsysteme stärker unter Druck geraten, denn mit der Zunahme der Mobilität und Migration nimmt die Bereitschaft, Solidargemeinschaften zu bilden und zu unterhalten, tendenziell ab. Es wird immer weniger Akzeptanz dafür geben, Menschen, die im Prinzip arbeiten könnten, zu unterstützen.

Wer Unterstützung braucht, der wird – so lautet mein Vorschlag daher - in ein Bildungsprogramm integriert; wo Kinder betroffen sind, müssen sie von klein auf gefördert werden. Eltern Sozialhilfe zu gewähren, ohne sie gleichzeitig weiter zu bilden, und gleichzeitig die Kinder nicht gezielt Erfahrungen und Anreize ausserhalb des elterlichen Haushaltes auszusetzen, wird die Probleme vererben. Um aber diesen Wandel zu erreichen, benötigen wir eine andere Einstellung zur Familie und zu Erziehungs- und Betreuungsstrukturen – keine einfache oder schnell zu lösende Aufgabe.

Wer als Erwachsener keine Bildung hat, erhält sie. Wer als Kind zu wenige Anreize für Kreativität, Neugier und Wissensaneignung bekommt, erhält sie. Dies scheint ein fundamentaler Umbau zu sein, ist aber, so meine ich, grundlegend dafür, die Menschen zu befähigen, ihr Leben selber zu bestimmen, Herr ihres eigenen Lebenslaufes zu sein, sozial und wirtschaftlich integriert zu sein oder es wieder zu werden. Wo das nicht geht, wird Sozialhilfe im bisherigen Sinne auch in Zukunft notwendig sein – aber davon sollte kein Mensch, der gesund ist oder der gar ein Kind ist, betroffen sein.